

Ressort: Politik

IW-Studie warnt vor Folgen der geplanten Zeitarbeitsregulierung

Berlin, 23.03.2015, 17:50 Uhr

GDN - Die von der Regierung geplante Regulierung der Zeitarbeit würde sowohl geringqualifizierten Leiharbeitern als auch entlehnten Fachkräften schaden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die dem "Handelsblatt" (Dienstausgabe) vorab vorliegt.

Vor allem Helfer würden kaum von der geplanten Equal-Pay-Regelung profitieren, der zufolge Zeitarbeiter nach neun Monate das Gleiche verdienen müssen wie Stammbeschäftigte. Denn 47,8 Prozent der vom IW befragten rund 400 Unternehmen würden einfach einen neuen Leiharbeiter anfordern, bevor der Lohnaufschlag greift. Die geplante Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten trifft vor allem Facharbeiter und Hochqualifizierte, die für komplexe Aufgaben engagiert werden und erst eingearbeitet werden müssen. Knapp 42 Prozent der befragten Unternehmen können sich zwar vorstellen, eine einmal eingearbeitete Leiharbeits-Fachkraft nach 18 Monaten zu übernehmen. Gut 62 Prozent der Befragten (Mehrfachnennungen möglich) würden aber auch hier einen neuen Zeitarbeiter anfordern. Gut 40 Prozent würden für die Aufgabe nach 18 Monaten einen neuen Mitarbeiter außerhalb der Leiharbeit einstellen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-51874/iw-studie-warnt-vor-folgen-der-geplanten-zeitarbeitsregulierung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619